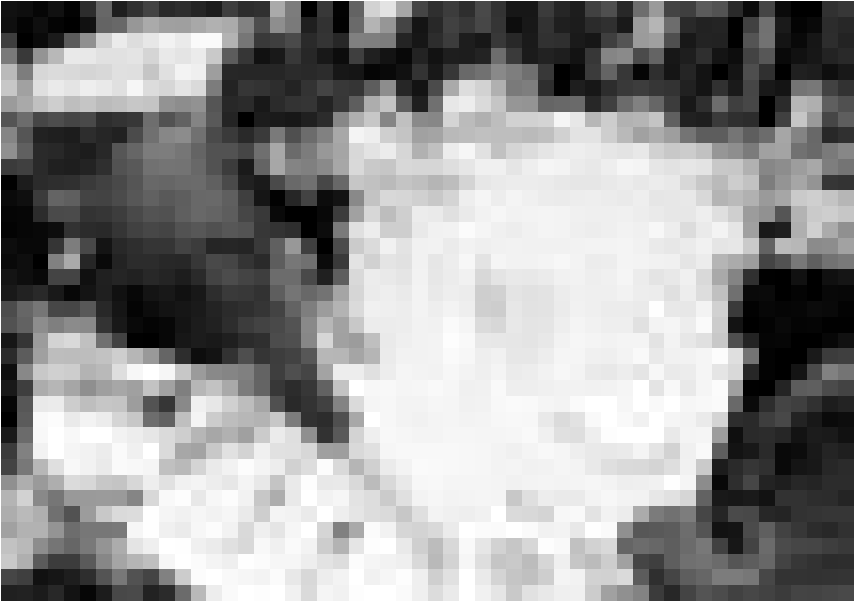


ERZIEHERINNEN

Ein Beruf mit Zukunft?



Vor allem im Bereich der außerschulischen Betreuung wird der Bedarf an ErzieherInnen in den nächsten Jahren wachsen.

(Foto: Christian Mosar)

Die "Association professionnelle des éducateurs et éducatrices gradué(e)s" holt sich Schützenhilfe bei PolitikerInnen: Alle beklagen, dass die ErzieherInnen in Sachen Bezahlung und Status benachteiligt sind. Eine Änderung der Situation lässt auf sich warten.

(ergué) - Einer Erhebung der "Association professionnelle des éducateurs éducatrices gradué(e)s (APEG)" aus dem Jahre 1999 zufolge waren 1999 etwa 585 Personen als so genannte "graduierte" ErzieherInnen tätig. Im Gegensatz zu den "diplomierten" ErzieherInnen haben sie nach dem Première-Examen eine dreijährige Hochschulausbildung absolviert, zumindest jene unter ihnen, die ihren Abschluss nach 1999 gemacht haben. Damals war die Ausbildung von zwei auf drei Jahre verlängert worden. Etwa 62 Prozent der ErzieherInnen waren 1999 in Institutionen beschäftigt, die die Altersklassen von 7 bis 19

Jahren, also Kinder und Jugendliche, betreuten. Der weitaus geringere Teil war in der Erwachsenen- und Altenbetreuung aktiv. Für das Jahr 2001 wird die Zahl der "éducateurs gradués" auf fast 650 geschätzt. Die Tendenz ist weiter steigend: 150 Studentinnen und Studenten verfolgen derzeit eine Ausbildung im IEES (Institut d'Etudes Educatives et Sociales) in Livange. Sorgen um einen Arbeitsplatz brauchen sie sich nicht zu machen mit der Einführung der "éducation précoce" und der Entwicklung in Richtung Ganztagschule im Primär- und Sekundarschulwesen geht ein enormer Bedarf an ErzieherInnen einher.

Dennoch herrscht große Unzufriedenheit in dieser Berufssparte. Das zeigte sich wieder einmal am vergangenen Dienstag, als die APEG zu einer "table ronde" mit VertreterInnen aus sämtlichen Parteien und aus dem Hochschulministerium einlud: Die Victor-Hugo-Halle war gerammelt voll, und Applaus erklang vor allem dann, wenn von der Revalorisierung der ErzieherInnen-Laufbahn die Rede war. "Eine gute Bezahlung ist nicht alles, aber sie hat einen angenehmen Nebeneffekt", meinte Fernand Dentzer, Vize-Präsident der APEG, als er die Diskriminierungen seines Berufes auflistete.

Seit den 70-er Jahren, als der sozio-educative Sektor eine explosionsartige Ent-

wicklung mitmachte, wurde eine gerechte Regelung versprochen. Dreißig Jahre später ist die Bilanz ernüchternd: Die ErzieherInnen werden im Vergleich zu anderen Berufen mit dreijähriger Ausbildung nicht nur schlechter bezahlt, auch innerhalb des Berufsstandes selber gibt es kaum nachvollziehbare Unterschiede. Dabei geht es nicht nur um die Differenz zwischen jenen, die beim Staat oder den Gemeinden "verbeamtet" sind, und jenen, die im privaten, konventionierten Sektor arbeiten. Auch innerhalb dieser Kategorien gibt es Unterschiede, etwa wenn ein anderes Ministerium im Spiel ist. Am schlimmsten wiegt allerdings der Umstand, dass bei einem Wechsel der Arbeitsstelle die bisher erlangte Berufserfahrung nicht oder nur teilweise anerkannt wird.

Die Folgen sind fatal: Probleminstitutionen wie etwa die Jugendanstalt in Dreiborn finden keine erfahrenen ErzieherInnen, die dort arbeiten wollen. AnfängerInnen sind aber wegen der spezifischen Problemfälle, die es zu betreuen gilt, überfordert.

Dieses Schwierigkeit wird sich noch verschärfen, wenn die Ganztagschule im Sekundarunterricht weiter verallgemeinert wird: Es ist dann kaum zumutbar, junge StudienabgängerInnen mit SchülerInnen zu konfrontieren, die nur wenige Jahre jünger sind.

Die Politik gibt zwar an, das Problem erkannt zu haben. Doch wann eine gesicherte legale Basis geschaffen werden soll, kann oder will niemand sagen. Das Ministerium für Hochschulwesen arbeitet zwar an einem Gesetz, welches den Hochschulcharakter der IEES-Ausbildung definieren soll, es tut sich aber schwer damit, eine konkrete Lösung vorzulegen. Es herrscht Angst vor einer Kostenlawine, da die Revalorisierung viele Personen auf ein Mal betreffen wird. Allerdings ist für die ErzieherInnen nur schwer nachvollziehbar, weshalb gerade sie, angesichts milliardenhoher Steuergeschenke, auf einen Ausgleich warten müssen.

kommentar

Un contre-mouvement se met en place

Les ONG se mondialisent elles-aussi, le "sommet mondial social" de Porto Alegre l'a démontré.

Le sommet mondial social a été un succès sur tous les fronts. Il y a d'abord le lieu choisi, la Ville de Porto Alegre dans l'Etat du Rio Grande do Sul: Une vraie démocratie participative y fonctionne avec succès sous l'impulsion du parti des travailleurs qu'on qualifierait de gauche plurielle en Europe. En effet, le budget d'investissement de la Ville et de l'Etat de Rio Grande do Sul est élaboré avec la participation active des citoyens représentés par des comités de quartiers, une procédure qui privilégie les vrais besoins de la population et renforce l'économie locale.

Cette pratique montre que des stratégies réalistes et réalisables pour construire une autre mondialisation existent bel et bien. Conditions essentielles: Il faut renforcer les économies locales en explorant une grande diversité de formes (régies municipales, économies sociales, coopératives), il faut militer pour des structures de contrôle assurant que l'économie mondiale respecte les accords internationaux en matière de droit social et de l'environnement (changement en profondeur de l'Organisation mondiale du commerce) et il faut surtout faire pression pour que des instruments de régulation comme la taxe Tobin deviennent enfin réalité.

Cette pression est exercée de plus en plus par les ONG, "mondialisées" elles-aussi. Le sommet de Porto Alegre le démontre clairement. Les organisations internationales comme ATTAC, la Confédération paysanne internationale et les Amis de la Terre ont profité du Forum Social Mondial pour tisser des liens entre elles et des milliers d'organisations présentes. Des parlementaires venus surtout de l'Europe - la France, la Suisse, la Belgique, l'Italie - et de l'Amérique de Sud ont pu établir un premier contact. Les structures d'un contre-mouvement se mettent donc en place. A suivre.

Claude Turmes est député européen (Déi Gréng) et a participé au sommet de Porto Alegre pour le Groupe des Verts au PE.

kommentar

Frieden unter den Grünen - ein Beispiel für die Welt

Am Wochenende fand der grüne Friedenskongress statt. Friedlich war auch die Stimmung unter den TeilnehmerInnen.

"Keiner da, der die NATO abschaffen will?", fragte scherzhaft Parteisprecher Carlo de Toffoli nach der letzten Abstimmung am frühen Sonntagnachmittag. Minuten später war der Kongress beendet - zwei Stunden früher als vorgesehen. Der Grund: Es hatte kaum Diskussionen über den "In den Frieden investieren"-Text gegeben, und fast alle Abstimmungen waren einstimmig verlaufen.

Lag das daran, dass die Grünen die in dem Dokument propagierte weltweite Konfliktprävention parteiintern angewendet hatten? Wahr ist, dass die heiklen Punkte vorher in der friedenspolitischen Arbeitsgruppe durchdiskutiert wurden. Wahr ist allerdings auch, dass ein Teil der entschiedensten KriegsgegnerInnen der Arbeitsgruppe wie dem Kongress fern geblieben waren. Andere wiederum waren in die Vorbereitung eingebunden und trugen wohl deshalb die Kompromisse mit.

Die allgemeine Lustlosigkeit machte einer gewissen Spannung Platz, als François Bausch zum Kosovokrieg das Wort ergriff. Als einer der Hauptbefürworter der Intervention gestand er jetzt, er habe sich "kriegen lassen". Mit dem Text des Friedenspapiers, das strenge Vorbedingungen für eine Intervention verlangt, erklärte er sich einverstanden. Unklar blieb, ob er und seine Fraktionskollegen sich nicht beim nächsten Mal wieder "kriegen lassen". Immerhin besagen die Parteistatuten, dass Abgeordnete das Parteiprogramm vertreten müssen, sodass sie andernfalls gegen den Buchstaben des Textes verstoßen würden statt, wie 1999, nur gegen den Geist der Parteidokumente. Unterm Strich: Die Grünen stehen geschlossen hinter einem Nein zu den Aufrüstungsplänen der Regierung. Das ist erfreulich. Doch ebenso geschlossen stehen sie hinter schwammigen Aussagen zu Nato und Weltpolitik. Das ist ein bisschen wenig für eine Partei, die angetreten war, um tiefgreifende Veränderungen zu erreichen.

Raymond Klein ist Woxx-Redakteur.

Der einen Leid ...

Geschrei erklingt aus den hinteren Büroräumen. Besorgte KollegInnen eilen über den neonerleuchteten Flur. Auf dem Boden krümmt sich mit schmerzverzerrtem Gesicht: Layouterin X. Was war passiert? Endlich hat das schmale WOXX-Budget die Anschaffung einer High-Tech-Computer-Maus erlaubt. Eine von denen, die superschnittig über das Pad rasen. Doch Mäuse hauen bekanntlich den stärksten Elefanten um - wie weit das Redaktionsleben der Wildnis mitunter ähnelt, offenbart sich wenige Minuten nach dem Einkauf. Beim Verstöpseln gerät der wacklige Bürotisch ins Wanken. Frau und Finger werden kurz darauf unter der Maschine begraben. In Extremsituationen lernt mensch seine oder ihre KollegInnen besser kennen: Das Opfer sitzt mittlerweile auf seinem Stuhl, mit genießerisch geschlossenen Augen. Und das verschreckte Team? Das drückt mit vereinten Kräften gegen die verletzten Stellen, angeblich um das Erscheinen unschöner blauer Beulen zu verhindern. So also wird aus Arbeit Vergnügen ...



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespaun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespaun soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Ines Kurschat, Muriel Prieur, Bibine Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber. • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60,- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75-1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79